

Das neue Grundsatzprogramm der SPD

Herausforderungen und Perspektiven

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands möchte sich 2007 ein neues Grundsatzprogramm geben. Für die anstehende Programmdebatte hat die SPD im April 2006 „Leitsätze auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm“ veröffentlicht, die im offenen Dialog mit allen Teilen der Gesellschaft diskutiert werden sollen. Auf der Basis der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität werden Leitprojekte für die programmatische Erneuerung der Sozialdemokratie vorgestellt.

Welche Anforderungen bestehen an das neue Grundsatzprogramm? Was sind die Perspektiven für sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert? Wie können die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest gemacht werden, und wie ist es um die Rolle und Aufgabe des Staates bestellt? Was bedeutet sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung und, schließlich, welche Perspektiven für ein soziales und demokratisches Europa?





Hubertus Heil

Geboren 1972 in Hildesheim. 1988 Eintritt in die SPD, von 1991–1995 Vorsitzender der Jungsozialisten im SPD-Bezirk Braunschweig. Studium der Politikwissenschaft und Soziologie. 1994–1998 Mitarbeiter im Landtag Brandenburg, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags. Herausgeber der Zeitschrift „Berliner Republik“. Seit 2005 Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.



Wolfgang Merkel

Geboren 1952 in Hof. Studium der Sportwissenschaft, Geschichte und Politikwissenschaft. 1985 Promotion, 1992 Habilitation im Fach Politikwissenschaft. Professur in Mainz 1994, 1999 Wechsel nach Heidelberg. Seit 2004 Direktor der Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ am Wissenschaftszentrum Berlin sowie Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

September 2006

ISSN 1861-8014

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Telefon: 030 26935-863
Fax: 030 26935-952

Redaktion: Prof. Dr. Thomas Meyer, Dr. Tobias Mörschel

Fotos: Joachim Liebe

Gestaltung: Pellens Kommunikationsdesign
Druck: Printservice von Wirth

© Friedrich-Ebert-Stiftung



Hubertus Heil

Die Sehnsucht nach Orientierung in der Gesellschaft beantwortet die SPD mit der Debatte über ein neues Grundsatzprogramm. Das Berliner Programm von 1989 ist zwar offiziell heute noch gültig, war in vielen Bereichen aber bereits damals eine Art Abschlussdokument für die Diskussionen der 80er Jahre und konnte aufgrund der Umbruchsituation nicht mehr die programmatische Ausstrahlung entfalten, die noch das Godesberger Programm von 1959 hatte. Dennoch glaube ich, dass die Definition von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als gleichrangige, sich wechselseitig bedingende und begrenzende Grundwerte nach wie vor ihre Gültigkeit hat. Wir müssen die Grundwerte nicht neu definieren. Die Frage ist aber: Wie können wir sie unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts auch durchsetzen?

Gerechtigkeit beispielsweise ist nur denkbar, wenn es auch eine solidarische Gesellschaft gibt. Der Slogan unseres derzeitigen Koalitionspartners heißt dagegen: „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“. Die Sozialdemokraten sollten sich vor solchen rhetorischen Tricks hüten. Es ist auch nicht nötig, den Freiheitsbegriff umzudeuten. Sozialdemokraten meinen hier sowohl die Freiheit durch den Staat wie die Freiheit vor dem Staat. Der zweite Teil, den die Konservativen und Wirtschaftsradikalen wie eine Monstranz vor sich hertragen, reicht uns nicht aus. Auch wir wollen natürlich eine Gesellschaft, die den Menschen vor staatlicher Willkür schützt, vor Überregulierung und vor Bespitzelung. Aber Freiheit bedeutet auch immer, durch den demokratischen und sozialen Staat zu einem selbstbestimmten Leben zu kommen. Deshalb ist eine Diskussion über öffentliche Güter, wie z. B. die Bildung, für uns von großer Bedeutung.

Die soziale Lage in unserem Land

Es gibt gute und schlechte Nachrichten. Gut ist, dass wir tatsächlich in den letzten Jahren trotz mancher Probleme wirtschaftlich vorangekommen sind: Die Wettbewerbsfähigkeit hat zugelegt, die Innovationskraft, die Produktivität, die Exportfähigkeit, der Anteil am Welthandel sind gestiegen, die Gewinne, der Zufluss von Kapital ebenso. Und deshalb ist die Miesmacherei des Standortes Deutschland unehrlich. Eine weitere gute Nachricht lautet: Wir haben einen beeindruckenden Wertekonsens in der Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Freiheit von sozialer Not, Solidarität der Menschen untereinander, Verantwortung für kommende Generationen, Leistungsorientierung, Eigenverantwortlichkeit, Pflichtbewusstsein, Weltoffenheit und Toleranz haben nach wie vor einen hohen Stellenwert. Der soziale Kompass der Deutschen zeigt eindeutig in Richtung einer modernen Sozialdemokratie.

Andererseits sind die sozialen Gegensätze größer geworden. Verschiedene Studien zeigen: Die Armutsrate ist gestiegen. Die Ungleichverteilung der



Einkommen hat zugenommen. Die soziale Undurchlässigkeit unseres Bildungssystems und die Herkunftsabhängigkeit der Aufstiegschancen ist im internationalen Vergleich hoch, das heißt: Einkommens- und Bildungsarmut werden oft an die nächste Generation weitergegeben. Der Arbeitsmarkt ist regional zwischen Ost und West und entlang der Qualifizierung zwischen Oben und Unten gespalten. Beschäftigte im Niedriglohnsektor haben kaum noch Chancen auf ein Normalarbeitsverhältnis mit ausreichendem Mindesteinkommen. Die Langzeitarbeitslosen finden auch bei einem weiteren Aufschwung keine Arbeit. Sogar erstklassige Leistung in einem profitablen Unternehmen schützt nicht mehr vor Arbeitslosigkeit und führt auch nicht mehr automatisch zu einem guten Einkommen. Die Beispiele mehren sich, dass Unternehmen mit solider Bilanz auf Druck des Kapitalmarktes die Renditeziele in schwindelerregende Höhe schrauben, die Arbeitskosten drücken und Mitarbeiter entlassen. Die soziale Abfederung zahlt zum großen Teil der Steuerzahler.

Neuere Milieustudien belegen, dass wir ein Auseinanderdriften der sozialen Schichten erleben: Da sind erstens die Etablierten und Chancereichen mit hohem Einkommen und stabiler Beschäftigung, zweitens die Prekären, die Angst vor dem Abstieg haben und oft nur ungesicherte,

befristete Beschäftigungsverhältnisse kennen (dazu gehören zum Teil auch Hochschulabsolventen der „Generation Praktikum“), und drittens die Ausgeschlossenen, die durchgehend arbeitslos sind. Das Gefühl vieler Menschen ist, dass sozialer Aufstieg sehr schwer geworden ist, dass es aber sehr leicht ist, wieder runterzufallen.

Aus all diesen sozialen Befunden ergibt sich eine Verunsicherung als gesellschaftliche Grundstimmung. Daraus folgt für Sozialdemokraten die zentrale Frage, ob wir das Kernversprechen der sozialen Marktwirtschaft wieder glaubwürdig machen können: Leistung gegen Teilhabe. Wir müssen in Deutschland zu existenzsichernden Löhnen kommen, und die Mitbestimmung muss gesichert werden. Teilhabe am Haben und am Sagen, das ist für mich Wirtschaftsdemokratie. Die abnehmende Wahlbeteiligung besonders auf Landes- und kommunaler Ebene zeigt eine zunehmende Parteienverdrossenheit. Die Integrationskraft der Volksparteien hat nachgelassen. Aber: Mehr als die Hälfte aller Deutschen interessiert sich dennoch prinzipiell für Politik. Die Parteibindung der Menschen hat abgenommen. Alte ideologische Gegensätze tragen nicht mehr. Wo früher soziale Gerechtigkeit und Leistung gegeneinander ausgespielt wurden, gibt es jetzt die starke Überzeugung, dass wir beides brauchen. Keine Leistungsbereitschaft ohne soziale Gerechtigkeit, keine soziale Gerechtigkeit ohne Leistung. Hier muss die SPD ansetzen.



Die Globalisierung politisch denken

Eine zentrale Frage ist: Welche politischen Antworten haben wir auf die Herausforderung der wirtschaftlichen Globalisierung? Zunächst gilt es, Realitäten anzuerkennen, ohne sich mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden. Hier grenzt sich die Sozialdemokratie eindeutig ab von der Politikverweigerung der Wirtschaftsradikalen

einerseits, die die Meinung vertreten, im Zeitalter der ökonomischen Globalisierung könne Politik nicht mehr gestalten, und andererseits von der PDS/Linkspartei, die die wirtschaftliche Globalisierung und die demographische Entwicklung als eine weltweite Verschwörung darstellt. Diese beiden Lager haben seit Anfang der 90er Jahre mit ihren einäugigen Visionen von der Allmacht bzw. der Ohnmacht der Regulierung die politische Debatte in Deutschland verdorben. Es besteht kein Zweifel, dass die Realität des 21. Jahrhunderts beide Lager widerlegen wird. Weder der Markt noch der Staat ist das Problem. Wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit gehören in modernen Gesellschaften zwingend zusammen, sie bedingen einander.

Leitprojekte für die programmatische Erneuerung

Wir haben in den Leitsätzen die Chancen und Risiken unserer Zeit realitätsnah beschrieben. Wir haben dokumentiert, auf welcher Wertebasis, mit welchem Menschenbild, mit welchen Grundwerten Sozialdemokraten versuchen, dieser Welt zu begegnen. An drei Leitprojekten haben wir dann versucht deutlich zu machen, wo wir programmatischen Erneuerungsbedarf in der Partei sehen.

Erstens: Welche Vorstellung haben wir von einem sozialen und demokratischen Europa als politischer Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung? Die Richtung heißt: keine Abschottung, sondern Kampf für gemeinsame soziale Standards. Europa bietet eine reale Chance, politische, soziale und demokratische Antworten auf die wirtschaftliche Globalisierung zu finden.

Zweitens: Was bedeutet heute sozialdemokratische Wirtschaftspolitik? Wir brauchen eine eigene gute sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, die auf Innovation, auf neue Verfahren, Produkte



und Dienstleistungen setzt, dabei aber nicht zwangsläufig auf niedrigere Löhne. Hier müssen wir weg von den wirtschaftstheoretischen Grabenkämpfen. Wir brauchen einen klugen Mix aus angebots- und nachfrageorientierter Politik. Wir wollen und müssen auf Qualifikation, auf Wissenschaft und Forschung, auf Infrastruktur, auch auf den sozialen Frieden als zentrale Standortfaktoren setzen.

Drittens: Welche Vorstellung haben wir von der Zukunft der Sozialstaatlichkeit? Die Art und Weise, wie wir diese unter den heutigen Bedingungen in Deutschland organisieren, ist, freundlich formuliert, nicht besonders gut. Bestenfalls werden soziale Probleme verwaltet, manchmal konserviert, aber nicht gelöst. In vielen Bereichen haben wir nachsorgende Sozialstaatlichkeit, die auch nötig ist, aber längst nicht mehr ausreicht. Armut ist heute längst mehrdimensional und betrifft nicht nur den materiellen Bereich, sondern sie geht einher mit der Armut an Bildungschancen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Qualität eines Sozialstaates bemisst sich nicht in erster Linie an der Höhe des sozialen Transfers. Wir wollen einen Paradigmenwechsel. Hierfür steht der Begriff des vorsorgenden Sozialstaates. Rudolf Virchow hat einmal gesagt, Freiheit habe zwei Töchter: Bildung und Gesundheit. Das gilt noch immer. Wir brauchen einen Sozial-



staat, der Bildung und Gesundheitsprävention einschließt. Nötig ist dabei auch eine andere Finanzarchitektur. Wir wollen künftig einen Sozialstaat, der sich mehr am Bürgerstatus orientiert und weniger am zunehmend prekären Erwerbsstatus. Wir wollen über einen Mix aus

Eigenverantwortung, Sozialversicherung und Steuerfinanzierung zu einem stärker steuerfinanzierten Sozialstaat kommen. Und: Eigentum verpflichtet. Diejenigen, die aus Eigentum und Vermögen Vorteile ziehen, haben die Pflicht, der Gesellschaft ein Stück zurückzugeben. Das betrifft auch die Erbschaften. So könnte über die Erbschaftsteuer Bildung finanziert werden.

Wir müssen uns immer wieder klarmachen, dass die Menschen von uns Sozialdemokraten viel erwarten. Das Interesse an Gerechtigkeit und der soziale Wertekonsens in unserem Land sind stark. Das kann zur Stärke der Sozialdemokratie werden, wenn wir aufhören, die Schlachten von gestern zu schlagen, und uns entschlossen nach vorn wenden. Was die solidarisch denkende Mitte unserer Gesellschaft will, ist die soziale und solidarische Leistungsgesellschaft. Genau diese Gesellschaft ist das Projekt der SPD.

Wolfgang Merkel

Die vorliegenden Programmthesen der SPD stellen einen Modernisierungsschub für eine deutsche Sozialdemokratie dar, die ich im europäischen Vergleich als noch sehr traditionalistisch bezeichnen würde. Erfreulich ist die Botschaft des Entwurfs, nicht Abschied von einem starken Staat zu nehmen, sondern ihn modernisieren zu wollen. Denn öffentliche und kollektive Güter, wie Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und im gewissen Sinne auch ein vorsorgender Sozialstaat, sind mit einem schwachen Staat nicht zu machen. Die öffentliche Beschäftigung ist bei uns auch keineswegs besonders aufgebläht. Wenn man einen starken Staat an der Staatsquote messen würde, stünde Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich der entwickelten Staaten zwar leicht überdurchschnittlich da. Unterdurchschnittlich ist in Deutschland hingegen die Staatsdienerquote.

Hubertus Heil hat gesagt, die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stünden gleichberechtigt im Programm. Die Solidarität hat er besonders betont. Diese hat aber ethisch nicht den gleichen Stellenwert wie die beiden anderen Werte. Freiheit und Gerechtigkeit schulden wir dem anderen, dort haben wir klare moralische Gebote und reale Gesetze. Das praktizieren wir nicht nur aus freier Überzeugung oder guten inneren Werten. Freiheit und Gerechtigkeit sind in den Menschenrechten verankert. Sie stehen nicht zur Disposition. Solidarität hingegen ist zwar wichtig für die Kohäsion der Gesellschaft, sollte aber nicht staatlich vereinnahmt werden.

Im Folgenden möchte ich zwei Bereiche des Programms herausgreifen: Sozialstaat und Europa.



Die Reform des Sozialstaates

Eine zentrale Aussage der Thesen zum Sozialstaat lautet: Wir wollen keinen abgemagerten, sondern einen zukunftsfesten und vorsorgenden Sozialstaat auf einer veränderten Finanzierungsbasis. Vor dem Hintergrund empirischer Befunde kann ich das nur unterstützen. Das wäre ein Sozialstaat wie in den meisten skandinavischen Ländern. Alle Indikatoren zeigen, dass diese Staaten deutlich mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht haben als die Staaten auf dem europäischen Kontinent. Dies gilt auch für die Gleichheit von Lebenschancen. Das sind nicht etwa allein die formalen, rechtlich fixierten Startbedingungen, wie sie die Liberalen fordern, sondern die Menschen müssen befähigt werden, nicht nur ihre Lebenschancen zu erkennen, sondern eine reale Chance haben, diese tatsächlich selbst auszuwählen und umzusetzen. Ein solcher Sozialstaat, zukunftsfest und vorsorgend, braucht eine veränderte Finanzierungsbasis durch eine stärkere Steuerfinanzierung, also weg von dieser



anachronistischen bismarckschen Sozialversicherungsfinanzierung mit allen negativen Wirkungen, die auf den Arbeitskosten lasten. Diese sind zwar nicht problematisch für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Exportindustrie, aber hochgradig schädlich für die weniger qualifizierten Segmente des Arbeitsmarktes. Und dort haben wir ja auch hauptsächlich das Problem der Arbeitslosigkeit.

Dieser reformierte Sozialstaat ist in dreierlei Hinsicht dem alten Sozialversicherungsstaat überlegen: Er produziert erstens mehr soziale Gerechtigkeit durch die frühe Eröffnung von Lebenschancen. Er investiert sehr früh in das Humankapital – ich betone ausdrücklich das Humane am Kapital –, also in die Bildung, in Fähigkeiten und Kenntnisse, all das, was das Individuum befähigt, sein Leben selbst zu gestalten. Er ist zweitens zukunftsfester, weil er eine andere Finanzierungsbasis wählt als die Sozialversicherung, von der wir klar wissen, dass sie dem demographischen Druck der nächsten ein oder zwei Jahrzehnte nicht standhalten kann, gleichgültig wie sich die Geburtenraten entwickeln werden. Und er ist drittens auch wirtschaftlich verträglicher, weil er früher in menschliche Fähigkeiten investiert, weil er eine Abkopplung

– zumindest tendenziell – der sozialen Sicherung von Arbeitskosten beinhaltet und somit auch eine arbeitsmarktdynamischere Finanzierung erlaubt. Das ist ein Schritt in eine vorsichtige, möglicherweise klammheimliche, manchmal auch öffentlich gemachte Skandinavisierung des Sozialstaates, wovon wir aber noch deutlich entfernt sind.

Wenn man an diesen Zielen die Politikergebnisse der vergangenen rot-grünen Koalition misst, sieht die Bilanz ausgesprochen mager aus. Vorsorgender Sozialstaat, Investitionen in Kinder, in Bildung, in Gleichheit der Lebenschancen – ich sehe hier leider keinen Bruch zu den bleiernen 16 Jahren der Regierung Kohl. In der Frage der Vorsorge hat sich nichts geändert. Bei der Steuerfinanzierung oder der Senkung der Lohnnebenkosten ist nichts geschehen. Weiterhin dominieren monetäre Transfers im Sozialstaat statt der Bereitstellung qualitativ hochwertiger sozialer Dienstleistungen. Die Bildungs- und Wissensgesellschaft wurde zwar propagiert, aber es gab keinen deutlichen Ausbau der Versorgung mit Kindertagesstätten, und es wurden auch nicht deutlich mehr Ganztagschulen etabliert. Bei den Universitäten besteht weiterhin eine groteske Unterfinanzierung. Im Vergleich zu 1975 ist die Zahl der Dozenten gleich geblieben, die Zahl der Studenten hat sich jedoch mehr als verdoppelt. Das muss unbedingt angegangen werden.

Wir kritisieren am gegenwärtigen Sozialstaat die monetären Transfers. Wir brauchen in der Tat mehr soziale Dienstleistungen. Kindergelderhöhung ist der falsche Weg, weil er ein zentrales Problem nicht löst: die Gleichheit der Lebenschancen. Genau das hat man aber in der Vergangenheit gemacht. Mittlere und höhere Schichten können ihre Bildung und ihr Wissen sehr wohl an die Kinder weitergeben, untere Schichten, zumal Migranten, können das nicht. Hier bedarf es einer

frühen Bildung. Kinder lernen am besten im Alter zwischen zwei und sechs Jahren. In diesem Zeitraum werden wichtige Grundlagen für spätere Lebenschancen gelegt. Mein Vorschlag wäre eine Kindergartenpflicht ab drei Jahren. Man könnte hier mit Anreizen oder Wegnahme von Anreizen spielen, etwa die Familientransfers reduzieren bei jenen Familien, die ihre Kinder nicht in solche Kindergärten schicken.

Eine stärkere Steuerfinanzierung bei der Gesundheitsreform sehe ich nicht verwirklicht. Auch hier können wir von den skandinavischen Staaten lernen. Eine solidere Steuerbasis in Zeiten der Globalisierung ist etwas sehr Wichtiges. Die Mehrwertsteuer zu erhöhen war eine richtige Entscheidung, ich glaube auch, dass sie sozialdemokratisch war. Ab 2007 haben wir dann eine Mehrwertsteuer von 19 Prozent. In skandinavischen Ländern liegt der Satz fast zehn Prozentpunkte höher, und die nordischen Länder sind sicherlich nicht ungerechter gegenüber den unteren Schichten. In Zeiten der Globalisierung ist eine solide Steuerbasis von zentraler Bedeutung. Einkommen und Unternehmensgewinne sind auf internationalen Finanz- und Kapitalmärkten leicht zu transferieren. Die Mehrwertsteuer aber fällt im eigenen Land an und kann auch hier eingesetzt werden.

Die Zukunft Europas

In den Thesen steht auch, das neue Europa solle politisch gestärkt und sozial gestaltet werden. Europa ist in der Ära der Globalisierung Gestaltungs- und Schutzraum zugleich. In der SPD ist aber nicht hinreichend diskutiert worden, ob sich mit der Osterweiterung diese Ziele eigentlich durchsetzen lassen. Meine These ist: Nein. Die positiven Effekte der Osterweiterung liegen eindeutig in der Stabilisierung der neuen Demokratien sowie in allgemeinen wachstumssteigernden

Effekten für die Gesamtunion. Für die unteren Schichten aber hat sie negative Folgen. Die Gewinner sind eindeutig jene, die über gut nachgefragtes Humankapital verfügen, welches sie überall einsetzen können. Gewinner sind auch durchaus die mobilen Arbeitskräfte der unteren Segmente in den neuen Mitgliedsstaaten. Die Verlierer sind die schlecht Ausgebildeten bei uns und die Gewerkschaften. Es wird einen Druck auf die Lohnfindung und die unteren Segmente des Arbeitsmarktes geben. Je besser der EU-Arbeitsmarkt funktioniert, umso deutlicher werden diese beiden Probleme. Dafür muss die SPD Lösungen finden. Sie werden von ihr im europäischen Zusammenhang bisher kaum diskutiert.

Mit der Osterweiterung der EU haben wir einen Schritt getan, den ich „das britische Modell von Europa“ nennen möchte: erweitern, um nicht vertiefen zu müssen. Wenn die Globalisierung wichtige Spielräume der nationalen Politik verengt hat, müssen wir diese auf der europäischen Ebene wieder erweitern. In der EU wurde ein hartes verbindliches Wirtschaftsrecht durchgesetzt, aber für die sozialen Fragen hat man keine verbindliche Regulierung. Das ist in manchen Bereichen auch sehr schwer zu erzielen. Die Lisbon-Beschlüsse des Jahres 2000 waren ein





Versuch, sich freiwillig zusammenzuschließen und zu koordinieren. Sechs Jahre später muss man eine komplette Ernüchterung konstatieren: Es hat sich nichts getan. Es gibt eine Asymmetrie zwischen ökonomischer und politischer Union, und diese wird zunehmen, je mehr Mitglieder die Union hat. Die Sozialdemokratie muss in diesem

Zusammenhang offensiver über die Frage nachdenken, ob nicht der Einstieg in ein Europa der zwei Geschwindigkeiten oder ein Europa von Kernländern sinnvoll ist. Man nimmt jene Länder mit, die das wollen, und wartet nicht darauf, dass Länder wie die Slowakei oder Polen, Staaten, die eine besonders problematische Politik in die EU eingeführt haben, dem auch zustimmen. Polen hat bereits in den Erweiterungsverhandlungen gezeigt, dass es ein betont nationaler Verhandler ist. Nationalismus ist keine gute Voraussetzung für das, was in der Europäischen Union stattfindet, nämlich Abtretung nationaler Kompetenzen und Kompromissfähigkeit. Bei den Vetomöglichkeiten in der EU kann man erwarten, dass Polen ein unbequemer Partner sein wird, mehr noch als Großbritannien. Die gegenwärtige rechtsnationale Regierung verdeutlicht dies in besonders drastischer Weise.

Bisher erschienen:



Globale Demokratisierung
und die Rolle Europas



Lokaljournalismus und
Kommunalpolitik: Ganz
nah am Wandel der
Gesellschaft



Religion und Politik
Wandlungsprozesse
im transatlantischen
Vergleich



Braucht Deutschland
Religion?



Die Zukunft des
Sozialstaats



Ländervergleich von
Modellen Sozialer
Demokratie



Gerechtigkeit in
der kulturell
pluralistischen
Gesellschaft



Weltethos und
Weltfriede